



ANTIBERLINER

Kampfblatt für antifaschistischen Lifestyle // Nr. 17 // April/Mai 2008

2 FREIHEIT I. Alltagsschikanen in Berliner Knästen. Zur Situation des Antifaschisten Christian S.

4 FREIHEIT II. Wem gehört die Welt? Was bedeutet die Privatisierung von öffentlichen Gütern

6 FREIHEIT III. Interessen der militärischen Invasion der »freien Welt« im Nahen Osten



■ In eigener Sache



Der Anti-berliner ist eine Zeitung für linke Politik

und Kultur, die alle zwei bis drei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Ihren Namen hat die Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also für anständige Berliner ...

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Unterstützt von: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionsskollektivs wider



Weniger Rechte als ein deutscher Schäferhund

Anfang Januar 2008 wunderten sich Inhaftierte über die Kälte in den Knästen Berlins. Eine Energieeinsparung verordnet eine Maximaltemperatur von 16 Grad. Bereits im April 2004 hatte die JVA-Tegel einen Energiesparvertrag mit Siemens abgeschlossen, der zu Einsparungen von 600.00 Euro pro Jahr führen sollte

Auf zirka fünf Quadratmetern leben neue Häftlinge im Gefängnis Tegel. Ein Bett, eine Toiletten-schüssel, ein kleines Waschbecken ein Tisch – und mittendrin ein Gefangener. Das ist so ziemlich alles, was man in den Zellen von »Haus 1« der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel unterbekommt. Seit Jahren prangern die Häftlinge die Minizellen als menschenunwürdig an. Das Kammergericht hat über eine der rund zwei Dutzend anhängigen Klagen entschieden und kritisiert die Bedingungen hart: »Die Unterbringung entspricht auf keinen Fall dem Standard, den der Gesetzgeber (...) für geboten erachtet hat.« Der Prozess gegen die Senatsverwaltung für Justiz wurde trotzdem verloren. Aus folgendem Grund: In Berlin ist fast jedes Bauwerk und jede Fläche zentimetergenau geregelt. Es gibt vorgeschriebene Mindestgrößen für Krankenzimmer, Wohnräume und selbst für Hundgehege – nur eben für Gefängniszellen nicht.

2007 haben Vollzugsbedienstete in Berlins Haftanstalten über 10.000 meldepflichtige Vorfälle registriert. Dazu gehören unter an-



derem Suizide und Selbstmordversuche. Nicht ohne Grund hat die Justizsenatorin Gisela von der Aue eine Veröffentlichung der knastinternen Todesfälle untersagt.

Nazis hofiert

Zudem hat die JVA-Tegel den Ruf als Neonazi-Streichelzoo. Mehr als ein dutzend Neonazis können in der Berliner Haftanstalt frei agieren, sich treffen, Interviews geben und unbeanstandet ihre Zeitungen bekommen. Der Neonazi und verurteilte Brandstifter Sebastian Dahl aus Berlin lobte gar in einem Interview mit einem Neonazi-Knastheftchen die Kameradschaftstreffen in der JVA-Kirche.

Der Fall Christian S.

Christian S. wurde die Beschädigung von einem Auto vorgeworfen, welche er im Rahmen von Verhinderungsaktionen eines Neonaziaufmarsches am 1. Mai 2004 durch Friedrichshain begangen haben soll. Die Verurteilung erfolgte durch einen erzwungen Deal: Er würde aus der Untersuchungshaft entlassen werden (er saß wegen einem weiteren Verfahren, für das er bereits freigesprochen wurde), wenn er seine Revision widerrufen würde. Da er zu diesem Zeitpunkt bereits elf Mo-

nate inhaftiert und zudem schwer erkrankt war, blieb ihm faktisch keine Wahl, als auf die ihm zustehenden Rechte zu verzichten.

Alltagsschikanen

Christian ist wegen seiner politischen Einstellung und der Öffentlichkeitsarbeit zu seinen Prozessen und zu seiner Haft permanenten Schikanen und Intrigen durch Justizangestellte ausgesetzt. Die Schikanen durch die Schließer sind zum Beispiel derart, dass er einige der für ihn abonnierten Zeitungen zum Teil seit Wochen nicht ausgehändigt bekommt und das seine Briefe nicht oder nur unvollständig ankommen. Begründet wird das von den Sozialarbeitern wahlweise mit dem zu hohen Kontrollaufwand oder damit, dass Zeitschriften nicht dem Gedankenaustausch dienen würden, daher keine Post im eigentlichen Sinne seien und deshalb auch nicht weitergegeben werden müssten. Anderen Insassen wurde auch erklärt zuviel Papier in der Zelle sei ein Brandrisiko und gefährde somit die Sicherheit und Ordnung in der JVA-Tegel.

Ende August spitzte sich die Situation zu. Christian fand seine Zelle nach seiner Hofrunde irgendwie verändert vor und guckte sie sich daher genauer an. Unter dem Spiegel fand er ein Päckchen Heroin, welches er umgehend im Klo entsorgte. Tags darauf um sechs Uhr morgens stürmte ein Kommando von acht Schließern seine Zelle. Sie fesselten ihn, zogen ihn nackt aus und durchsuchten hektisch die ganze Zelle, fanden aber nicht was sie gesucht hatten. Die Zelle war



Tegel: Schnäppchen machen durch Knackis

scheinbar präpariert worden.

Wenige Tage später wurde seiner Frau Leila dann ohne weitere Begründung ein ihr zuvor genehmigter Besuch verweigert. Mit der Argumentation, sie habe sich den Anordnungen der Anstaltsbediensteten widersetzt, wurde von der JVA-Leitung ein dreimonatiges Besuchsverbot verhängt. Wie auch bereits während seiner Untersuchungshaft fand ein Boykott von Christians Gesundheitsversorgung von Seiten der Anstaltsleitung statt. Eine für August 2007 festgelegte Blutkontrolle, die für die nachfolgende Medikation seiner Hepatitis-C Erkrankung notwendig war, wurde erst im September durchge-

führt. Das Ergebnis der Untersuchung wurde ihm nicht mitgeteilt. Wenn Christian wegen dieser Ungerechtigkeiten aufbegehren würde, würde dies zum Anlass neuer Sanktionen genutzt werden. Eine klassische no-win Situation.

Antrag? Abgewiesen!

Gisela von der Aue hat am 2. November 2007 ein Gnadengesuch für Christian – trotz der nunmehr für ihn ergangenen Freisprüche – abgeschmettert. Auch jeder Antrag auf eine Verlegung aus der JVA-Tegel wurde zunächst abgelehnt. Mit Petitionen, Beschwerden, Widersprüchen, kleinen Anfragen im Abgeordnetenhaus,

Briefen, Anrufen und Pressemitteilungen machten Christians Freunde immer wieder auf die Methoden im Knast und deren Protagonisten aufmerksam. Der Protest hatte Erfolg: Nach der zweiten Kundgebung vor der JVA-Tegel wurde ihm schließlich seine Verlegung in die JVA-Plötzensee angekündigt. Die Rache der Schließer traf Christian prompt. Seine Zelle und seine Körperöffnungen wurden wieder mal erfolglos nach Drogen durchsucht. Eine kürzlich aufgetauchte interne Notiz der Anstaltsleitung bezeichnet Christian als »spezieller Gefangener«. Was diese Notiz bedeutet und ob sie für die erschwerten Haftbedingungen von Christian verantwortlich ist, soll nun vom Kammergericht Berlin geklärt werden.

Mariken Kohlhaas

◆ www.freechristian.gulli.to

◆ Post: Christian Sümmermann, Bnr: 441/08/5, JVA Plötzensee, Lehrter Str. 61, 10557 Berlin

Finanzmarktkrise



Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten geht unvermindert weiter. Jetzt forderten bereits führende Manager wie der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann, entgegen des neoliberalen Selbstverständnisses, ein stärkeres Eingreifen des Staates in Aktien- und Kapitalmärkte. Nach der Ansicht von Wirtschaftsexperten wird die Krise frühestens im Jahr 2009 abklingen. Die Leitzinsen der amerikanischen Notenbank wurden indessen weiter gesenkt.

Arbeiter in der Krise

Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben vor den Folgen der internationalen Finanzkrise gewarnt. Diese wirke sich nach einer ILO-Studie besonders fatal auf Arbeitnehmer aus. »Arme Arbeiter riskieren noch weiter in die Marginalisierung abzudriften«, sagte Roy Trotman, Vorsitzender in Verwaltungsrat der ILO. Ebenso seien mit sich selbst überlassenden Finanzmärkten die UN-Millenniumsziele nicht umzusetzen. Ziel dieser ist die Reduzierung der weltweiten Armut bis 2015 um die Hälfte des Niveaus von 1990.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

2. Folge: »Korozke schlägt zu«

Von der Staatsschutz-Einheit »PMS« hatte sich Korozke eh nicht viel versprochen. Aber mit weißblond gefärbten Haaren und Schweissfuß-Turnschuhen im VW-Bus ohne Standheizung mit Tonfa-Manni auf Obse in Treptow? Echt Scheisse! Die vom BKA saßen vor ihren Monitoren im Warmen. Die hatten ja auch Abitur. »Lern fleissig, sonst hasse ma' keine Klinken innen an der Tür«. Korozke hörte seinen Opa, als wärs gestern gewesen. Opa hatte in Moabit Schlüssel gedreht. Bis er vor die S-Bahn gestolpert – na ja, so richtig klar wurd's ja nie, ob ihn nicht doch einer mit nem Haufen Tattoos geschubst hatte. Der einzige Zeuge war zu besoffen gewesen. Opa hatte sicher nicht nur Freunde im Knast gehabt. Freunde hatte Korozke auch nicht so viele. Aber die Frau im Späti, die hatte schonmal hallo gesagt, als er sich seine drei Bier, eine BZ und zwei Bifi holte.

»Krrrrch, piep schwarzgekleidete Perso... sprühen S-Bahnhof krrrrch Park!« Korozke war hellwach, endlich

die Chance, seine Schlappe mit der Zecken-Klebekolonne auszubügeln. Manni pisste gerade an ne Eberesche, Korozke spurtete los. Da, die Dosen klackerten meilenweit. Heute keine halben Sachen, gleich drauf. Korozke riss den kleineren Sprüher um, der zuckte. Widerstand – voll auf die Fresse. Und nochmal, Korozke hatte beim Beamtenstopp zwar den letzten gemacht, aber hier kam er groß raus.

»Tör!« – Manni kam brüllend angerannt, »Tör!« Spielte Hertha heute? Korozke war irritiert. Manni brüllte immer noch: »Hör auf! Ich sag doch: Thor.« Der Junge mit der blutigen Nase wimmerte. Korozkes Blick wanderte die Wand hoch. Was hatten die gesprüht? »Nationaler Wid...« Irgendwas stimmte nicht. Tonfa-Manni quatschte jetzt auch noch mit dem anderen Sprüher. Sie tuschelten und grinsten blöde rüber.

Korozke dämmerte, dass dieser Einsatz auch kein Karrieresprung sein würde. Vielleicht sollte er sich doch mal bei der Sitte bewerben?

Privatisierung ein neoliberales Projekt

Privatisierung nützt den Profitinteressen des Kapitals, aber nicht den betroffenen Menschen. Dieses nüchterne Fazit lässt sich ziehen, wenn man die bisherige Privatisierungsgeschichte der Bundesrepublik betrachtet. Doch Privatisierung und ihre Profiteure geraten seit einiger Zeit immer stärker in die Defensive. Denn der Widerstand wächst! Erste Erfolge im Kampf gegen Privatisierung und Stadtumstrukturierung gibt es auch in Berlin: Das autonome Wohnprojekt und Kulturzentrum Köpi bleibt erhalten, dass Bethanien wird vorerst nicht an einen privaten Investor verkauft und die Initiative »Mediaspree versenken!« kommt langsam richtig in Fahrt

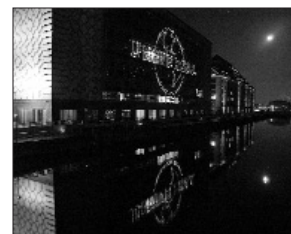


Die Grenzen verlaufen nicht durch Friedrichshain und Kreuzberg, sondern zwischen oben und unten

Warum das Kapital überhaupt auf Privatisierungen drängt, erklärt ein Blick in die Vergangenheit. Denn der Siegeszug der neoliberalen Privatisierungs-Ideologie begann bereits in den 1970er Jahren. Das kapitalistische Wirtschaftssystem war damals in eine Krise geraten. Verschiedene Ursachen führten zu sinkenden Profiten. In der Folge kam es zu einem allgemeinen Rückgang der Kapitalrentabilität in fast allen kapitalistischen Zentren. Eine der Strategien die das Kapital wählte, um diese Krise zu bewältigen war es sich nach neuen lukrativen Anlagemöglichkeiten umzuschauen. Der Blick viel schnell auf die Vielzahl öffentlicher Güter, die bisher noch nicht unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung produziert wurden. Gezielt wurde fortan daraufhin gearbeitet, auch diese Produktionsbereiche unter das Kapitalverhältnis subsumieren und in den Verwertungsprozess einbeziehen zu können. Von neoliberalen »Experten« wurde vehement darauf gedrängt, staatliche Unternehmen zu privatisieren, Staatseigentum zu veräußern und öffentliche Dienstleistungen an Private abzugeben. Gebetsmühlenartig werden dabei bis heute immer dieselben Argumente vorgetragen: Der Staat solle sich möglichst aus dem Wirtschaftsleben heraushalten, denn private Unternehmen könnten ohnehin viel effizienter wirtschaften. Alle, so das Versprechen der neoliberalen Ideologen, würden deshalb vom Zur-Ware-werden der öffentlichen Güter profitieren und niemand würde dabei verlieren.

Was ist Privatisierung?

Grundsätzlich bedeutet Privatisierung immer das Zur-Ware-werden bzw. die Kommodifizierung (commodity: engl.: Ware) von öffentlichen Gütern. Ein vormals öffentliches Gut wird also einer privatkapitalistischen Verwertung zugeführt. Dabei lassen sich zwei Modelle von Privatisierung unterscheiden. Entweder erfolgt eine *formelle* Privatisierung, d.h. das betroffene Unternehmen bleibt zwar Eigentum des Staates, aber das Produkt oder die Dienstleistung werden nach privatwirtschaftlichen Kriterien erbracht. Oder es handelt sich um eine *materielle* Privatisierung, d.h. das Unternehmen wird ganz oder in Teilen an Private verkauft. Prominentes Beispiel für eine formelle Privatisierung in der Bundesrepublik ist die Deutsche Bahn AG, die zwar wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen geführt wird aber (noch) zu hundert Prozent dem Staat gehört. Darüber hinaus gab es vor allem seit Anfang der neunziger Jahre in der Bundesrepublik unzählige materielle Privatisierungen. So wurden nicht nur große Teile des Staatseigentums der ehemaligen DDR an private Investoren verkauft, sondern auch unzählige ehemals staatliche Einrichtungen und Vermögen der BRD, wie die Deutsche Bundespost, Lufthansa, Flughäfen, sowie unzählige Kommunalbetriebe im Bereich der Daseinsvorsorge wie Wasserbetriebe und Wohnungsbaugesellschaften. Dabei zeigt sich, dass es grundsätzlich egal ist, welche Form der Privatisierung gewählt wird. Denn in beiden möglichen Fällen ändert sich der Produktionszweck. Vor der Privatisierung war das Produkt oder die Dienstleistung noch ein öffentliches



Gut. Was bedeutet, der Staat hat es in erster Linie produziert um eine flächendeckende Versorgung damit sicher zu stellen, Gewinn zu erzielen war nur nachrangig. Nach der Privatisierung ändert sich dies schlagartig. Nicht mehr die Versorgungssicherheit ist jetzt Zweck der Produktion, sondern einzig und allein die Maximierung von Profit.

Auswirkungen von Privatisierung

Dass sich das Versprechen der neoliberalen Ideologen die Privatisierung würde allen Menschen nützen, nicht bewahrheitet hat, wissen wir inzwischen alle aus eigener Erfahrung. Der Grund dafür ist in der Logik des kapitalistischen Wirtschaftens zu suchen. Um ein vormals öffentliches Unternehmen so profitabel wie möglich zu machen, wird nach einer Privatisierung immer eine möglichst hohe Produktivkraftsteigerung angestrebt. Dies wird meistens erreicht, indem die Löhne der Beschäftigten gedrückt werden. Deshalb erfolgt nach der Übernahme eines Betriebs durch Private in der Regel ein massiver Arbeitsplatzabbau. In der Folge ermöglicht die starke Konkurrenz um die wenigen verbliebenen Jobs, die Löhne Schritt für Schritt abzusenken. Aber auch die Konsumenten der Güter und Dienstleistungen stehen nach einer Privatisierung schlechter da als zuvor. Zwar stimmt es, dass die Unternehmen nach einer Privatisierung »effizienter« geführt werden als zuvor, was damit aber tatsächlich gemeint ist, wird gerne verschwiegen. »Effizient« ist in diesem Zusammenhang immer das, was dem Unternehmen den größtmöglichen Profit garantiert. Ziel der Unternehmen ist es deshalb nie, ein qualitativ hochwertiges Gut zum niedrigst-möglichen Preis anzubieten, sondern immer ein möglichst billig produziertes Gut zum höchst-möglichen Preis zu verkaufen.

So erklärt sich, warum nach Privatisierungen häufig die Preise erhöht werden, sich die Qualität von Dienstleistungen verschlechtern und Geschäftszweige die nicht profitabel genug sind ganz aufgegeben werden.

Staat und Kapital – Zwei Seiten derselben Medaille

Das Staat und Kapital zwei Seiten derselben Medaille sind wird auch beim Thema Privatisierung deutlich. Grundsätzlich fungiert der Staat als »ideeller Gesamtkapitalist« (Marx). Das bedeutet, er fühlt sich dem allgemeinen Interesse des Kapitals seines Landes verpflich-

tet und möchte den Erfolg der Einzelkapitale seines Landes sicherstellen. Denn auf das erfolgreiche Bestehen der »Wirtschaft« seines Landes gegenüber der internationalen Konkurrenz, ist er als Steuerstaat angewiesen. Der Staat macht es sich deshalb zur Aufgabe, die allgemeinen Produktionsbedingungen für das Kapital sicher zu stellen. Dazu gehören in erster Linie die Institutionen der Staatsgewalt wie Justiz, Polizei und Armee. Darüber hinaus hat der Staat auch immer andere Güter und Dienstleistungen bereitgestellt, in der Regel dann, wenn es für ein Einzelkapital nicht rentabel war diese zu produzieren. So war es z.B. historisch lange Zeit Staatsaufgabe öffentliche Güter wie Infrastruktur, Bildung und Gesundheit zur Verfügung zu stellen. Durch das Drängen des Kapitals, auch die bisher ausgesparten Bereiche den privaten Profitinteresse unterzuordnen, wurde der Staat zum Akteur der Privatisierung. Der Staat selbst treibt aktiv die Privatisierung der öffentlichen Güter voran, wenn

er sich davon einen Vorteil für »die Wirtschaft« seines Landes erhofft. Zu einem Interessenskonflikt kommt es nur dann, wenn ein Einzelkapital nach einer Privatisierung die Versorgung der anderen Kapitale mit dem entsprechenden Gut oder der entsprechenden Dienstleistung nicht mehr in ausreichendem Maß gewährleisten kann, weil es z.B. nicht lukrativ genug ist. In einem solchen Fall muss notgedrungen wieder der Staat eingreifen und gegen die Interessen eines einzelnen Kapitals sicherstellen, dass die allgemeinen Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals insgesamt gesichert sind. So geschehen bei der missglückten Privatisierung der Bahn in England, die inzwischen wieder verstaatlicht wurde.

Eine linke Antiprivatisierungsbewegung

muss sich bewusst sein, dass das Verhindern weiterer Privatisierungen nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein kann. Bloße Forderungen nach (Rück-)Verstaatlichungen gehen schon allein deshalb nicht weit genug, weil der Staat selbst Akteur der Privatisierung ist. Die Forderung nach einer Gesellschaft jenseits von Staat und Kapital in der die Bedürfnisse der Menschen zum alleinigen Maßstab des Wirtschaftens gemacht werden, gilt es deshalb aufrecht zu erhalten.

♦ Weitere Informationen: www.unverkaeufllich.org, www.ab-riss-berlin.de, www.wemgehoertdiewelt.de, www.ms-versen-ken.org, www.wba.blogspot.de, www.bethanien.info



Die Bewohner aus dem ehemals besetzten Haus »Köpi« können aufatmen, sie haben ihren Kampf vorerst gewonnen

Fünf Jahre Irakkrieg

Die bisherige Bilanz des Krieges ist erschreckend. Die Infrastruktur des Landes wurde nach ihrer Erholung in den 90er Jahren wieder zerbombt. Die zivilen Opfer haben eine sechsstellige Dimension erreicht.

Der jüngst vorgestellte amnesty international (ai) Bericht zu fünf Jahren Irakkrieg trägt den bitteren Titel »Gemetzel und Hoffnungslosigkeit.« Denn laut der Menschenrechtsorganisation hat der Krieg mehr als vier Millionen Iraker zu Flüchtlingen gemacht, die zumeist unter elenden Bedingungen leben. Während Millionen Dollar für Sicherheitsvorkehrungen ausgegeben worden seien, hätten heute zwei von drei Irakern keinen Zugang zu sauberem Wasser. Im Bericht wird weiter von Massakern durch bewaffnete Gruppierungen, Folter durch die Sicherheitskräfte und fortgesetzter Inhaftierung durch die amerikanischen und irakischen Truppen gesprochen. amnesty international bezeichnet die Situation der Justiz als katastrophal. Prozesse seien »regelmäßig unfair.« »Beweise« seien oft unter Folter zustande gekommen, hundert Menschen seien so zum Tode verurteilt worden.

Freiheit am Hindukusch?

Über 8.000 Tote, darunter viele Zivilisten, sowie den höchsten Stand an Gewalthandlungen seit der US-Invasion verzeichneten die Vereinten Nationen im Jahr 2007 in Afghanistan. Die Zahl der Selbstmordattentate hat sich seit 2005 annähernd verachtfacht, die Sicherheitslage im Land dramatisch verschlechtert. 70 Prozent der Afghanen leben mit chronischem Nahrungsmittelmangel, 25 Prozent ohne ausreichende Wasserversorgung, Schlafmohnproduktion dominiert die Landwirtschaft

Trotz einer breiten Ablehnung des Bundeswehreinsatzes innerhalb der deutschen Bevölkerung soll die deutsche »Freiheit« mit permanent wachsender Truppenstärke »am Hindukusch verteidigt werden«. Zwei große militärische Missionen werden in Afghanistan unterschieden: Die US-geführte »Operation Enduring Freedom« (OEF) mit dem Ziel der »Terrorismusbekämpfung«. Deutsche Soldaten sind an diesem, auf die ganze Region ausgelegten Einsatz nur außerhalb Afghanistans beteiligt. Die zweite Mission ist die »International Security Assistance Force« (ISAF). Daran ist die Bundeswehr mit 3.500 Soldaten beteiligt.

Völkerrechtliche Legitimation

Die völkerrechtliche Legitimation der OEF wurde mit dem Recht auf Selbstverteidigung und dem Ausrufen des Bündnisfalls (Art.5 Natovertrag) nach den Anschlägen des 11. 9. 2001 begründet, allerdings nur so lange, »bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat«. Genau dies ist jedoch die Grundlage für den ISAF-Einsatz gewesen, somit gibt es seit über sechs Jahren keine völkerrechtliche Grundlage für die OEF-Mission.

Zivil-militärischer Einsatz

Neben dem Auftrag der Sicherheitsunterstützung wird die Bundeswehr auch gern als Wiederaufbautruppe gesehen. So genannte



»Provincial Reconstruction Teams« (PRT) sollen auf lokaler Ebene im Rahmen des zivil-militärischen Engagements Hilfe zum Wiederaufbau leisten. Die Bilder Brunnen bauender deutscher Soldaten hat wahrscheinlich jeder schon einmal irgendwo gesehen. Dass ein wirklicher Aufbau nie geplant war, zeigt sich allerdings schon am Missverhältnis der Ausgaben für militärische Einsätze und Wiederaufbau (bspw. 5:1 in Kundus). In Panzern durchs Land walzende militärische Einheiten haben zudem vermutlich noch nirgends für Völkerverständigung oder gesteigertes Sicherheitsge-

fühl der ansässigen Bevölkerung geführt. Die Ablehnung der vermehrt als Besatzer betrachteten Truppen hat sich noch verstärkt, seitdem die schon zuvor weit schlechter angesehene OEF-Mission in immer dichtere Nähe zur ISAF rückt und die Kommandostrukturen teilweise in Personalunionen aufgehen.

Interessenlage

Das Interesse an Afghanistan erklärt sich aus der strategischen Lage des Landes. So existieren Überlegungen zum Bau von Pipelines vom kaspischen Becken bis an das arabische Meer unter Umgehung des Irans. Die Aufrechterhaltung des Förderbetriebs wäre ohne befriedetes Hinterland undenkbar. Auch bei einem möglichen Angriff auf den Iran wäre Afghanistan als direktes Nachbarland strategisch unverzichtbar.

Die momentanen Machthaber in Afghanistan, außer den ausländischen Militärs noch die Regierung unter Hamid Karzai, aufgrund seiner beschränkten Macht auch »Bürgermeister von Kabul« genannt, sind klar als Protagonisten des Neoliberalismus zu identifizieren.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen kommen derzeit einem Ausverkauf des Landes gleich, zentrale Teil-Ökonomien werden langfristig nicht in afghanischer Hand sein. Eine militärische Lösung kann es nicht geben, eine zivile scheint seitens der Besatzer nicht gewünscht.

SS-Runen am Hackeschen Markt

Die Eröffnung des Bekleidungsgeschäfts »Tönsberg« Anfang Februar im Berliner Stadtteil Mitte wurde von vielen als regelrechter Skandal empfunden. Zurecht, denn das Geschäft vertreibt ausschließlich Bekleidung der rechten Modemarke Thor Steinar. Trotzdem überrascht die plötzliche Empörung



Beliebtes Ziel der Proteste gegen Thor Steinar, der Tönsberg in Berlin-Mitte

Bei der Eröffnung des »Tönsbergs« handelt es sich nicht um eine Neueröffnung, sondern vielmehr um einen Umzug. Denn bis Ende 2007 war das Geschäft in einem etwa 500 Meter entfernt liegenden Einkaufszentrum am Alexanderplatz zu finden und zwar ohne nennenswerte Proteste hervorgerufen. Allein der Aufklärungsarbeit durch Antifaschisten ist es zu verdanken, dass ihm dort nach mehr als zwei Jahren gekündigt wurde.

Des Weiteren befindet sich Thor Steinar seit Jahren auf einem Siegeszug als weithin akzeptiertes Label, was ebenso wenig Protest hervorruft. Es gibt kaum eine Schulklasse, kaum ein Volksfest ohne junge Menschen für die die Thor Steinar-Bekleidung nicht der Dresscode wäre, über den die Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit zu ihrer Gruppe demonstriert wird. Und gerade die vermutlich nicht-rechten, sondern ausschließlich auf den Gewinn spekulierenden Läden, die die rechte Bekleidung (trotz antifaschistischer Interventionen) ver-

treiben, zeigen dass es eine enorme Nachfrage danach geben muss.

Rechte Symbolik

Die Symbolik, die auf den Thor Steinar-Klamotten zu finden ist, ist alles andere als harmlos, sondern sie ist mit eindeutigen völkischen, faschistischen und rechtsextremen Bildern aufgeladen. Dies führte dazu, dass das alte Logo von Thor Steinar 2004 zeitweise verboten wurde, weil es der Doppel-Sig Rune der SS zum Verwechseln ähnlich sah und sich aus der Tyr-Rune und der Gibor-Rune zusammensetzte. Die Gibor-Rune wurde u.a. von Nazi-Wehrwolfen benutzt. Im deutschen Faschismus wurde die Tyr-Rune als Abzeichen der Reichsführerschulen verwendet. Ein weiteres Beispiel ist das Motiv »Wüstenfuchs«. Es spielt in eindeutiger Weise auf den Wehrmachtsgeneral und NS-Helden Erwin Rommel an, der für unzählige Verbrechen in Nordafrika verantwortlich und unter dem Namen Wüstenfuchs bekannt ist. Neben dem eindeutigen Bezug des Labels auf den

deutschen Faschismus, werden auch aktuelle rechtsextreme Bewegungen promotet. Beispiel dafür der Schriftzug »Ultima Thule«, der auf das gleichnamige schwedische Rechtsrock-Projekt verweist.

Das Thor Steinar trotz oder gerade wegen seiner rechten Symbolik von jungen Menschen als stylische Klamotte getragen wird sollte beunruhigen. Schließlich trägt dies dazu bei, die gesellschaftliche Akzeptanz für völkische, faschistische und rechtsextreme Ideen zu erhöhen.

Aktiv gegen Nazistyle

Dass es inzwischen Fußballvereine gibt, die das Tragen dieser Marke in ihren Stadien verbieten und dass es im Zusammenhang mit dem alten Labelverbot kurzzeitig zu einer medialen Aufklärung über die rechte Modemarke kam, war fast immer antifaschistischen Initiativen geschuldet. Offenbar waren diese Anstrengungen jedoch nicht ausreichend, um den Vertrieb von Thor Steinar auszu-bremsen. Gerade deshalb stellen die Proteste gegen den Laden in Berlin-Mitte einen Hoffungsschimmer dar. So haben die Beschwerden der Anwohner und Gewerbetreibenden, die öffentliche Kritik von Politikern, die antifaschistischen Mobilisierungen und die mindestens neun Farbattacke dem Protest über diese gesellschaftliche Breite eine neue Wirkungsmächtigkeit gegeben. Diese hat bereits nach kürzester Zeit zur Kündigung des Mietvertrags geführt. Für die Dauer des nun folgenden Rechtsstreits wird im Tönsberg allerdings weiterhin verkauft.

■ Kein Bock auf Nazis

Die Kampagne »Kein Bock Auf Nazis« hat die zweite Ausgabe ihrer kostenlosen Schülerzeitung gedruckt. Jetzt warten wieder 250.000 Exemplare darauf verteilt zu werden. Die Zeitung kann in 200er- oder 400er-Paketen bestellt werden. Auf www.keinbockaufnazis.de steht wie das Bestellen funktioniert.

An der Kampagne beteiligen sich immer mehr Künstler. Unter anderem Fettes Brot, Wir Sind Helden, Die Ärzte, Die Toten Hosen, Beatsteaks. Auch eine neue Version der KBAN-DVD ist in Arbeit – hält die Augen danach offen.

■ Nazis wollen nach HH

Am 1. Mai wollen NPD und Freie Nationalisten einen bundesweiten Aufmarsch in Hamburg durchführen. Der 1. Mai steht als internationaler Kampftag in der Tradition der linken Arbeiterbewegung. Dennoch versuchen Nazis an diesem Tag, die soziale Frage von rechts zu besetzen. In den letzten Jahren versuchten immer wieder Neonazis durch die Hansestadt zu marschieren. Dies soll auch diesmal durch ein großes Bündnis verhindert werden. Auch für Nazigegner aus Berlin wird es einen Zugtreffpunkt geben.

◆ www.antifainfo.de oder www.antifa.de

Erster Mai



■ **Podiumsveranstaltung**
»Was wird aus Kreuzberg-Friedrichshain?«
Privatisierung und Stadtumstrukturierung entlang der Spree. Eine Bilanz und Ausblicke was dagegen getan werden kann. Dazu gibt es auch Filme und eine Ausstellung.
♦ 29.4., 19 Uhr, RAW-Tempel, Revaler Str. 99 (Friedrichshain)

■ **Openair-Festival**
Rocken gegen die Scheissnazis. Auf der Bühne stehen Bands wie Schlagzeiln, Guts Pie Earshot, Red Star Soundystem, Banda Bassotti u.a.
♦ 1.5., ab 14 Uhr am Kottbusser Tor

■ **Die Demo**
Im Zentrum stehen dieses Jahr die Stadtumstrukturierung, insbesondere der Kampf gegen das Großprojekt Media Spree in Kreuzberg-Friedrichshain und die Privatisierung von öffentlichem Eigentum. In diesem Sinne: Zusammen kämpfen für die soziale Revolution! Am 1.5. ab 17 Uhr geht es los mit einer Auftaktkundgebung mit Bühnenprogramm. Und um 18 Uhr beginnt die revolutionäre 1. Mai-Demonstration am Kottbusser Tor in Kreuzberg.

»Wir sind mit vielen Dingen unzufrieden«

Angesichts des rasanten Sozialabbaus der letzten Jahre, der Überwachung nach innen und den Kriegseinsätzen nach außen, scheint der Kampf aktueller und wichtiger denn je. Der Antiberliner lud zwei Aktivisten des Berliner 1.-Mai-Bündnisses zum Gespräch über den revolutionären ersten Mai und dessen heutige Bedeutung ein

Der erste Mai steht vor der Tür. Am traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung wird auch heute noch für mehr Gerechtigkeit und die Perspektive einer freien Gesellschaft gekämpft. Warum geht ihr am ersten Mai auf die Straße?

Nun, wir sind mit einer ganzen Reihe von Dingen unzufrieden. Ob es nun die sich immer weiter verschärfende Kluft zwischen arm und reich ist, oder die unsoziale Stadtumstrukturierung – wie vor allem aktuell in Kreuzberg und Nordneukölln zu beobachten – die preiswerten Wohnraum vernichtet und so zur sozialen Verdrängung der dort lebenden Bevölkerung beiträgt. Wir stellen uns gegen die immer dreistere Überwachung der Bevölkerung und gegen die Kriegspolitik der westlichen Industriestaaten.



Hauswand, Kreuzberg

Wie passt diese Vielzahl von Themen zusammen?

Auch wenn es sich erstmal sehr beliebig anhört, sehen wir hier schon einen klaren Zusammenhang. Wir leben in einer Gesellschaft, in der es nicht um die Bedürfnisbefriedigung ihrer Mitglieder geht, sondern darum, für einzelne einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Eine solche Gesellschaft wird notwendigerweise immer mehr Verlierer als Gewinner erzeugen. Was wir in den letzten zehn Jahren erlebt haben, ist ein gigantischer Angriff auf soziale Errungenschaften und Sicherungssysteme. Hartz IV und Agenda 2010 sind die praktischen Ausformungen dieses Angriffes.

Gerade der erste Mai mit seiner kämpferischen Tradition ist der Tag unsere Kritik an dieser Entwicklung zu formulieren und die Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus auf die Straße zu tragen.

Was ist konkret geplant? Wo können sich die Unzufriedenen und Unterdrückten einreihen?

Wir werden mit vielen linken Gruppen eine kraftvolle und lautstarke Demonstration durch Kreuzberg organisieren. Kreuzberg ist in einem besonderen Maße von sozialen Angriffen betroffen. Hier wohnen besonders viele Menschen die von Hartz IV leben müssen, hier ist die Arbeitslosenquote besonders hoch. Gleichzeitig finden hier besonders heftige soziale Verdrängungsprozesse statt, es werden neue Luxuswohnungen gebaut, die Mieten steigen immer weiter und viele alternative Projekte sind bedroht. Auf der anderen Seite lassen sich aber in Kreuzberg auch Beispiele erfolgreichen Widerstands finden. So beispielsweise die Köpi, die es durch vielfältige Aktionen geschafft hat langfristige Mietverträge zu bekommen. Oder die Initiative »Media-Spree versenken«, die innerhalb einiger Monate 16.000 Unterschriften gegen die vollständige Bebauung des Spreeufers gesammelt hat. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen.

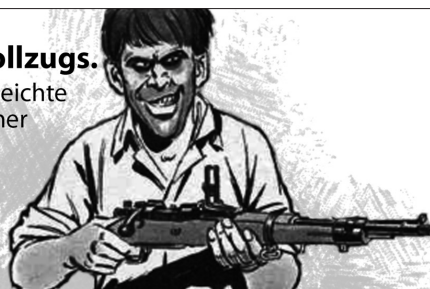
Erna empfiehlt heute: »Steuern sparen, Tips und Tricks«

Endlich. Privatisierung des Strafvollzugs.

mit Staatlicher Förderung pflegeleichte Kleinkriminelle für Ihr Wohnzimmer

Noch ein freies Plätzchen im Heizungskeller, Dachboden, Garage oder Kinderzimmer?

Bewerbungen richten an: Ihre zuständige Innenverwaltung



Welche Straftäter wären Ihnen am liebsten?

- ☐ Scheckbetrüger
- ☐ Handtaschenräuber
- ☐ Heiratsschwindler
- ☐ Kriegsverbrecher
- ☐ Leichte Körperverletzung